

## Sitzung 1

### Dialoggruppe

### Protokoll vom 27.05.2019 (V2)

Zeit 16.00 – 18.45. Uhr  
Ort Residenz au Lac, Aarbergstrasse 54, 2501 Biel/Bienne

Präsidium (+1)	Werder, Hans	
Anwesend (+46)	Bachmann, Christian (Arbeitsgruppe «A5 Westast» Berz, Thomas ( <i>Regionale Verkehrskonferenz Biel-Seeland, RVK</i> ) Bohnenblust, Margrit (Gemeindepräsidentin Twann-Tüscherz) Bohnenblust, Peter (TCS Sektion Biel-Seeland) Briechle, Dennis (Verein «Gruppe S») Conconi, Sandro (Komitee «Jetzt A5-Westast») Deckert, Madeleine (Verein seeland.biel/bienne) Duttweiler, Catherine (Komitee «Westast so nicht!») Epper, Bettina (VCS Bern) Erb, Christoph (Berner KMU) Fehr, Erich (Stadtpräsident Biel/Bienne) Fuhrmann, Sarah (Verein «Biel wird laut») Gebel, Matthias (Komitee «Pro A5-Westast») Guggisberg, Lars (HIV Bern) Gurtner, Roland (Komitee «Jetzt A5-Westast») Hédiguer, Maurice (Komitee «Biel notre Amour») Hegg, Andreas (Verein seeland.biel/bienne) Helbling-Giss, Beatrice (LQV Biel/Bienne) Hess, Sandra (Stadtpräsidentin Nidau) Hürsch, Gilbert (Wirtschaftskammer Biel-Seeland) Knuchel, Roland (Gemeinderat Port) König, André (Pro Velo) Kronenberg, Sabine (Verein «Biel wird laut»)	Loderer, Benedikt (Komitee «Westast so nicht!») Meichtry, Marc (Gemeindepräsident Brügg) Meier, Mélanie (Komitee «Biel notre Amour») Mentha, Luc (Berner Heimatschutz) Messerli, Philippe (Gemeinderat Nidau) Moser, Peter (Komitee «Pro A5-Westast») Mühlethaler, Beat (Gemeindepräsident Port) Neuhaus, Gabriela (IG «Hüb Sorg zur Stadt») Preiswerk, Catherine (Berner Heimatschutz) Rossel, Denis (LQV Biel/Bienne) Scheuss, Urs (VCS Bern) Schlegel, Hanspeter (Pro Velo) Schneider, Sandra (ACS Bern, Sektion Bern) Schwickert, Barbara (Gemeinderätin Biel/Bienne) Steinmann, Alfred (Verein «Gruppe S») Stocker, Julien (Pro Natura) Thalman, Ivo (Berner Heimatschutz) Vogt, Beatrice (Komitee «Westast so nicht!») Wendling, Cecile (HIV Bern) Wiederkehr, Martin (Arbeitsgruppe «A5 Westast») Wild, Ruedi (IG «Hüb Sorg zur Stadt») Zryd, Andrea (Fussverkehr Kanton Bern) Zumbühl, Benjamin (VCS Bern)
Entschuldigt (-12)	Arnold, Niels (Pro Natura) Bucher, Jean Christian (TCS Sektion Biel-Seeland) Grossenbacher, Franziska (Stiftung Landschaftsschutz Schweiz) Haas, Adrian (HIV Bern) Placi, Luca (Arbeitsgruppe «A5 Westast») Roch, Andrea (Wirtschafts) Rodewald, Raimund (Stiftung Landschaftsschutz Schweiz) Rutishauser, Matthias (Pro Velo) Stebler, Miriam (Berner KMU) Ünal, Claudia (Komitee «Biel notre Amour») Van de Wetering, Han ( <i>Experte Städtebau, krank</i> ) Zimmermann, Jacqueline (IG «Hüb Sorg zur Stadt»)	
Abwesend (-2)	Stöckenius, Susanne (Gemeindepräsidentin Ipsach) Trachsel, Martin (WWF Bern)	
Gäste (+3)	Albrecht, Christian (Generalsekretär BVE) Kobi, Fritz (Experte Verkehr) Studer, Stefan (TBA)	
Sekretariat (+1)	Daniel Stegmann (Infrakom)	
51	<b>Total Personen anwesend</b>	

Traktanden			
	WAS	WER	WANN
<b>1</b>	<b>Einleitung</b>		
	<p>Hans Werder begrüsst die Anwesenden zur ersten Dialoggruppensitzung seit dem Runden Tisch und stellt die vorab verschickte Traktandenliste vor.</p> <p><b>Rücktritt Infrakom</b>                      Der Präsident äussert gegenüber der Dialoggruppe sein grosses Bedauern über den Rücktritt von Infrakom in der Funktion des Sekretariats und bedankt sich für die aus seiner Sicht hervorragende Arbeit. Hans Werder informiert die Dialoggruppe, dass die Suche nach einem neuen Sekretariat Zeit beansprucht und den Prozess verzögern wird. An der kommenden Kerngruppen-Sitzung vom 20.6.2019 wird das weitere Vorgehen für das neue Sekretariat diskutiert.</p> <p><b>Statement Stadt Nidau</b>                      Hans Werder erteilt der Stadtpräsidentin von Nidau, Sandra Hess, das Wort. Sie liest ein vom Gemeinderat der Stadt Nidau vorbereitetes Statement vor.</p> <p><b>Protokoll Runder Tisch</b>                      Zum Protokoll des Runden Tisches vom 8.2.2019 gibt es keine Anmerkungen. Es wird genehmigt und gilt nun als öffentlich.</p> <p><b>Ziele Dialogprozess</b>                      Hans Werder informiert die Dialoggruppe, dass die Kerngruppe sich noch nicht vertieft mit den am Runden Tisch vorgeschlagenen Zielen auseinandergesetzt hat. Die Diskussion wird an der nächsten Kerngruppen-Sitzung vom 20.6.2019 weitergeführt.</p>		

	WAS	WER	WANN
<b>2</b>	<b>Aufnahme neuer Organisationen</b>		
	<p>Die Anträge zur Aufnahme in die Dialoggruppe werden behandelt. Die Regionale Verkehrskonferenz Biel-Seeland-Berner Jura (RVK) und der Verein «Netzwerk Bielersee» werden neu in die Dialoggruppe aufgenommen. Sie werden rasch informiert und auf die nächste Dialoggruppen-Sitzung eingeladen.</p> <p>Total sind nun 30 Organisationen im Dialogprozess Westast Biel vertreten.</p>		
		Sekretariat	28.05.19

	WAS	WER	WANN
<b>3</b>	<b>Statut</b>		
	<p>Das von der Kerngruppe erarbeitete und an deren Sitzung vom 13.5.2019 bereinigte Statut wird der Dialoggruppe zur Genehmigung vorgelegt. Es sei sehr intensiv und kontrovers über das Statut diskutiert worden, betont Hans Werder. Wichtig sei es nun, dieses Dokument als Grundlage für die Zusammenarbeit definitiv zu verabschieden.</p> <p>Das Statut wird Punkt für Punkt kurz behandelt. Nachfolgend sind nur die Diskussionen zu den Ziffern aufgeführt, bei denen noch Klärungsbedarf bestand.</p> <p><b>Ziffer 2.1 Dialoggruppe</b>                      Die Behandlung des Rederechts wird teils als zu strikt empfunden. Eine</p>		

Wortmeldung gibt zu bedenken, dass die zwei Vertreter der jeweiligen Organisation je nach Traktandum unterschiedlich in die Dialoggruppe delegiert werden und sich jeder Vertreter zu seinem Spezialgebiet äussern dürfe.

Die Passage wird präzisiert: Rederecht «pro Traktandum».

### **Ziffer 3.1 Pflichtenheft Präsident**

Hans Werder kann mit dem vorliegenden Text des Statuts leben, will der Dialoggruppe aber sein eigenes Rollenverständnis darlegen und dies ausdrücklich im Protokoll festhalten:

Ausgangspunkt ist der Auftrag der Behördendelegation, einen breit abgestützten Bericht zu erarbeiten. Um diesen Auftrag erfüllen zu können, braucht Hans Werder einen gewissen Handlungsspielraum; er muss Eigeninitiative ergreifen und Kontakt zu einzelnen Gruppen und Experten für Hintergrundgespräche herstellen können, ohne dass er dazu die Genehmigung von Kern- oder Dialoggruppe einholt.

Die Rolle des Präsidenten wird diskutiert:

- Westastkritische Organisationen betonen, dass die Leitung des Dialogprozesses primär eine Moderationsfunktion ist. Der Präsident ist verantwortlich für den geregelten Ablauf der Sitzungen, nicht aber für den Inhalt und das Resultat. Sie verstehen seine Rolle ähnlich wie die eines Präsidenten eines Parlamentes.
- Hans Werder sieht hier keinen Widerspruch: seine persönliche Meinung ist für den Prozess irrelevant und inhaltlich nimmt er in keiner Weise Einfluss.
- Auch die westastbefürwortenden Organisationen verstehen die Rolle so, wie es Hans Werder dargelegt hat.
- Eine Wortmeldung ergänzt, dass der Präsident, auch wenn er inhaltlich keinen Einfluss nimmt, die Hintergründe kennen und die Zusammenhänge verstehen muss.
- Beide Organisationen fordern vom Präsidenten Transparenz bei den Hintergrundgesprächen. Dies wird von Hans Werder bestätigt: er wird künftig auch inhaltlich über die durchgeführten Gespräche informieren.

Der Wortlaut von Ziffer 3.1 wird beibehalten.

### **Ziffer 3.3 Pflichtenheft Sekretariat**

Über Art und Umfang des Protokolls wird diskutiert:

- Westastkritische Organisationen erachten den Zeitraum bis zur endgültigen Genehmigung des Protokolls im Sinne eines transparenten Dialogprozesses als viel zu lange. Vorgeschlagen wird ein ergänzendes Audioprotokoll, das sehr zeitnah nach den Sitzungen aufgeschaltet wird.
- Dieser Vorschlag ist in der Kerngruppe bereits diskutiert worden. Hans Werder teilte mit, dass in seinen Augen ein Audioprotokoll durchaus eine Möglichkeit wäre; Mitglieder der Kerngruppe erklären die Argumente gegen ein solches Vorgehen: ein mehrstündiges Audioprotokoll sei als Arbeitsinstrument kaum praktikabel, ausserdem hat die Kerngruppe entschieden, dass die Voten im Rahmen der Kerngruppensitzung nicht einzelnen Personen zugeordnet werden dürfen. Für die Dialoggruppe als wesentlich öffentlichere Sitzung gilt das zweite Argument hingegen nicht.
- Eine Wortmeldung ist der Auffassung, dass ein Audioprotokoll im Wahljahr zu Wahlpropaganda missbraucht werden könne. Für die Westast-Kritiker wäre das Gegenteil der Fall: ein Audioprotokoll

wäre neutral und unverfälscht, alle könnten dahinter stehen; ohne rasches Audioprotokoll wird die Sitzung von allen Teilnehmenden zu ihren Gunsten interpretiert.

- Mitglieder der Kerngruppe informieren über das Vorgehen an der letzten Sitzung, wo das Protokoll «live» projiziert wurde. Das ermöglicht es den Teilnehmenden, direkt Ergänzungen und Änderungen vorzunehmen und klar zu unterscheiden zwischen Diskussionsbeiträgen und Entscheidungen.
- Hans Werder hält dieses Vorgehen im Rahmen der Kerngruppe als guten Pilotversuch, gibt aber zu bedenken, dass es im Rahmen der Dialoggruppe mit wesentlich mehr Teilnehmenden nicht zielführend ist. Der Präsident stellt fest, dass sich die Dialoggruppe nicht ganz einig ist, in welcher Form das Protokoll künftig erstellt wird, dass dies aber den Wortlaut des Statuts nicht tangiert. Es besteht Konsens, dass ein kürzeres Protokoll gewünscht wird. Falls sich die Qualität verbessert und es künftig nur wenige Änderungen gibt, kann dieses im Zirkularverfahren genehmigt und anschliessend veröffentlicht werden. Eine definitive Entscheidung, wie die Protokollierung künftig erfolgen soll, soll laut Hans Werder zusammen mit dem noch zu bestimmenden neuen Sekretariat erarbeitet werden.

Der Wortlaut von Ziffer 3.3 wird beibehalten.

#### Ziffer 5 Gegenseitiger Umgang, Entscheide

Das Thema Abstimmung wird diskutiert:

- Hans Werder hält fest, dass er gerne bei administrativen Fragen auf das Instrument der Abstimmung zurückgreifen möchte, er aber den vielfach geäusserten Wunsch, gar keine Abstimmungen durchzuführen, respektiert. Er weist darauf hin, dass dies die Diskussionen bei administrativen Fragen verlängern kann.
- Es wird gefragt, was Hans Werder unter dem Begriff «einvernehmlicher Entscheid» versteht. Antwort: Hans Werder will bei wichtigen Fragen die Meinungen aller Organisationen anhören. Als Richtwert gibt er rund 80 Prozent an, damit ein Entscheid als einvernehmlich gilt.

Sekretariat 28.05.19

Der Wortlaut von Ziffer 5 wird beibehalten.

Zu allen anderen Ziffern gab es keine Anmerkungen. Das Statut wird, mit der kleinen Anpassung unter Ziffer 2.1, von der Dialoggruppe verabschiedet. Die finale Version wird allen Teilnehmenden verschickt und gilt nun als öffentlich.

#### Nachträgliche Bemerkungen Statut

Nach der Verabschiedung des Statuts halten westastbefürwortende Organisationen fest, dass zwei westastkritische Organisationen mit je drei statt wie im Statut vorgesehen zwei Teilnehmenden in der Dialoggruppe vertreten sind. Dem entgegen die westastkritischen Organisationen, dass es bei der dritten Person um Mitglieder der Kerngruppe handelt, die – ebenfalls gemäss Statut – in der Dialoggruppe vertreten sein dürfen. Die westastbefürwortenden Organisationen lassen die Sache im Sinn des Dialogprozesses auf sich beruhen.

Von Seiten der westastkritischen Organisationen wird nach dem Budget und der Entschädigung der Kerngruppe gefragt. Hans Werder informiert, dass die Sitzungsgelder pro Sitzung in der Höhe von CHF 500 festgelegt worden sind und das Budget der Kerngruppe an einer nächsten Sitzung vorgelegt wird. Eine Wortmeldung ergänzt, dass es beim Budget zum

aktuellen Zeitpunkt nur um das «Sockelbudget» mit den Fixkosten geht. Die weiterführenden Aufträge an Experten können nicht Bestandteil eines heutigen Budgets sein.

	WAS	WER	WANN
--	-----	-----	------

#### 4 Auslegeordnung Varianten

Das Traktandum 4, die Präsentation der Auslegeordnung der Varianten, ist ein Resultat des am Runden Tisch vom 8.2.2019 vielfach geäusserten Wunsches, den Variantenfächer aufzumachen. Hans Werder hat dem Verkehrsexperten Fritz Kobi diesen Auftrag erteilt und übergibt ihm nun das Wort.

##### Präsentation Auslegeordnung

In der vorab verschickten Präsentation geht Fritz Kobi kurz auf die vergangenen 70 Jahre und die zahlreichen diskutierten Varianten ein. In seinem Fazit stellt er fest, dass die Varianten Aussagen über die Wertvorstellungen der jeweiligen Epoche zulassen. In der Vergangenheit gab es immer wieder Nutzwertanalysen und Variantenvergleiche, daraus wurde eine «Bestvariante» abgeleitet, die wiederum weitere Varianten nach sich zog. Fritz Kobi bezweifelt, dass ein solches Vorgehen im vorliegenden Fall heute noch zielführend ist. Anstatt «von oben nach unten», also vom Nationalstrassennetz, auszugehen, brauche es vielmehr einen Prozess «von unten nach oben», also vom Bedarf (Infrastruktur, Mobilität der Zukunft) ausgehen für Biel und Region.

##### Reaktionen und Diskussion zur Auslegeordnung

Benedikt Loderer, Verfasser des kürzlich vom Komitee «Westast so nicht!» herausgegebenen Buchs «Das Bieler Dreieck», kommentiert ausführlich die Präsentation von Fritz Kobi. Er ist der Auffassung, dass nicht die ganze Geschichte erzählt wurde. Haupttrieb der gesamten Westast-Diskussion seien von vorneherein die Bundesgelder gewesen, welche die Diskussion erheblich gesteuert hätten. So habe die frühe Bevorzugung der Linienführung entlang des nördlichen Bielerseeufers die Diskussion um eine Seelandtangente damals im Keim erstickt. Benedikt Loderer ersucht die Dialoggruppe, nicht zu schnell vorwärtszumachen, die Auslegeordnung genau anzuschauen und nicht vorschnell Varianten auszuschliessen. Er plädiert dafür, folgende grundsätzliche Fragen zu beantworten: welche Mobilität verlangt die Stadt, wie entwickelt diese sich? Welches Netz braucht es? Braucht es überhaupt eine Autobahn? Wenn ja, welche? Stichwort Nullvariante plus.

Weitere Wortmeldungen zur Präsentation von Fritz Kobi:

- Der Status quo sollte angeschaut werden seit Eröffnung des Ostastes: Wo sind die Probleme und was für Möglichkeiten gibt es, diese zu lösen? Die Aussage wird begrüsst, «von unten nach oben» die Probleme anzuschauen und nicht in die Variantendiskussion

einzusteigen.

- Die Kerngruppe war sich einig, zuerst das gemeinsame Problemverständnis zu klären und erst später die Variantendiskussion zu führen.
- Die Auslegeordnung ist lediglich als eine historische Auslegeordnung zu betrachten.
- Die Wichtigkeit der historischen Auslegeordnung wird von anderer Seite betont – es ist wichtig, aus den Fehlern der Vergangenheit zu lernen; dazu gehört auch die Frage der Finanzierung, welche die Routenwahl in der Vergangenheit einseitig beeinflusst hat.
- Es soll eine ganzheitliche Sicht in die Diskussion eingebracht werden, also auch städtebauliche Sicht, nicht nur Verkehr.
- Der Fuss- und Veloverkehr muss mehr berücksichtigt werden, nicht nur der MIV.
- Die Aussage «von unten nach oben» wird begrüsst, es sei wichtig, die Bevölkerung einzubeziehen. Es muss angeschaut werden, ob mit dem Bau des Westastes nicht mehr Verkehr von der A1 auf die A5 verlagert werde – das wolle in Biel niemand.

Fritz Kobi nimmt Stellung zu einigen Punkten aus der Diskussion:

- Er präzisiert seine Aussage «von unten nach oben» und meint damit primär die sachliche Herangehensweise: wie sehen die vorhandene Infrastruktur, das Basisnetz von Biel aus, was gibt es schon und welche Ausbauschritte sind möglich?
- Für ihn gehört die Variantendiskussion dazu, denn es muss begründet werden können, warum Varianten ausgeschlossen werden.
- Fritz Kobi betont, dass der Durchgangsverkehr in Biel nur etwa 18% des gesamten Verkehrs ausmacht, die restlichen 82% sind «hausgemacht», also entweder Binnenverkehr oder Quell- und Zielverkehr.

	WAS	WER	WANN
--	-----	-----	------

## 5 Information weiteres Vorgehen

### Information Vorbereitete Vorgehensvorschlag

Fritz Kobi informiert die Dialoggruppe, dass er sich am Freitag, 24.5.2019, mit je zwei Vertretern von westastkritischen und westastbefürwortenden Organisationen aus der Kerngruppe getroffen hat, um einen Vorschlag für das weitere Vorgehen auszuarbeiten. Dies war in der Kerngruppen-Sitzung vom 13.5.2019 vorgeschlagen worden, da sich die Kerngruppe aus zeitlichen Gründen nicht rechtzeitig vor der Dialoggruppen-Sitzung damit befassen konnte. Dass keine Behörden in diesem kleinen Ad-hoc-Gremium vertreten waren, war so mit ihnen abgesprochen.

### Präsentation Vorgehensvorschlag in vier Schritten

Das Gremium erarbeitete einen Plan in vier Schritten. Diesen präsentiert Fritz Kobi wie folgt:

- Im **Schritt 1** steht das Eingehen auf die heutige Situation im Vordergrund. Ziele sind das Zusammenstellen der Rahmenbedingungen, die Problemwahrnehmung und das Erfassen des Handlungsbedarfs auf Grund einer gesamtheitlichen Betrachtung von Städtebau, Vision, Potenzial, Umwelt, Wirtschaft, Mobilität, Verkehr, Sicherheit usw. Zusätzlich soll eine Vision für Biel entworfen werden. Das Formulieren der Wirkungsziele ist eine wichtige Grundlage für die Entscheide in den weiteren Arbeitsschritten.

- Auf Grund der strukturierten Beschreibung der Korridore Nord, Süd und Mitte werden im **Schritt 2** im Diskurs die weiter zu verfolgende Stossrichtung (Variante mit Potenzial zu einer akzeptierbaren Lösung) inkl. denkbarer Kombinationen oder Optionen ermittelt. Stichworte dazu: Korridor Süd, Korridor Nord, Korridor Mitte (Ausführungsprojekt, Null+ / Boulevard, Tunnel Brüggmoos – Rusel). Im Anschluss an den zweiten Schritt sollte der Brief der Gemeinden betreffend Zubringer Port beantwortet werden können.
- Der **Schritt 3** beinhaltet die gesamtheitliche Konkretisierung der Stossrichtung inkl. der abschliessenden Beurteilung anhand der Wirkungsziele.
- Abschliessend erfolgt im **Schritt 4** das Formulieren und Verabschieden der Empfehlungen zur Stossrichtung, zum Ausbaustandard, zu weiteren Projektierungselementen und zum weiteren Prozess.

#### Diskussion Vorgehensvorschlag

Hans Werder fasst die vier Schritte nochmals kurz zusammen, bittet die Dialoggruppe um Rückmeldung und fragt, ob sie mit diesem Vorgehen einverstanden sind.

Diskussion zum 4-Schritte-Plan:

- In einer Wortmeldung wird angegeben, dass aufgrund der mündlichen Präsentation ohne Vorlaufzeit keine Stellung genommen werden kann.
- Umwelt- und Klimathematik muss berücksichtigt werden.
- Alle Gruppierungen müssen in jedem dieser vier Schritte immer wieder einbezogen werden, also eine breite Partizipation ermöglichen.
- Es wird nach dem zeitlichen Rahmen für die vier Schritte gefragt.
- Die Rolle von Fritz Kobi wird hinterfragt und soll genau geklärt werden: als Experte Verkehr dürfe er nicht den Lead für das Ganze übernehmen, da sonst die städtebauliche Diskussion zu kurz kommen könnte.

Fritz Kobi nimmt Stellung zur Diskussion und beantwortet Fragen:

- Er weist darauf hin, dass es aufgrund der kurzen Vorlaufzeit nicht möglich war, schriftliche Unterlagen zu präsentieren.
- Kriterien der Nachhaltigkeit gehören in diesem gesamtheitlichen Ansatz selbstverständlich dazu.
- Die Gruppierungen können via Dialograum einbezogen werden, wenn es aus zeitlichen Gründen nicht möglich ist, umfangreiche Rücksprachen mit den Organisationen zu halten. Es soll so ein «Blick in die Werkstatt» ermöglicht werden.
- Zeitlich sollen Schritte 1 und 2, die teils parallel behandelt werden können, bis Ende 2019 abgeschlossen sein. Anfang 2020 wird die Stossrichtung konkretisiert (Schritt 3) und im letzten Schritt im Juni 2020 die Empfehlung verabschiedet.
- Zu seiner Rolle betont Fritz Kobi nochmals den ganzheitlichen Ansatz, der weit über die reine Verkehrsplanung hinausgeht. Er hat sich mit Han van de Wetering, Experte Städtebau, in Zürich getroffen, um die gemeinsame Philosophie zu besprechen. Der Vorgehensvorschlag und die vier Schritte sind mit ihm abgesprochen.

---

## 6 Kommunikation

### Kommunikation heutige Sitzung

Hans Werder fasst die Punkte zusammen, welche er im Point de Presse im Anschluss an die Dialoggruppen-Sitzung kommunizieren will:

- Information über Art und Inhalte der heutigen Sitzung
- Verabschiedung Statut
- Aufnahme der neuen Organisationen in die Dialoggruppe
- Inhaltliche Auslegeordnung, Diskussion Vorgehen und Arbeitsprogramm
- Weitere Termine der Kern- und Dialoggruppe

Die Dialoggruppe ist mit dieser Zusammenfassung einverstanden.

### Informationsfluss Kerngruppe – Dialoggruppe

Diverse Wortmeldungen beanstanden den Informationsfluss zwischen Kern- und Dialoggruppe. Es wird mehr Transparenz und ein rechtzeitiger Versand der Sitzungsunterlagen gefordert (zwei Wochen Vorlauf).

Hans Werder erklärt, dass künftig die letzte Kerngruppen-Sitzung spätestens einen Monat vor einer Dialoggruppen-Sitzung stattfinden soll, um die Termine und die Zweisprachigkeit einzuhalten. In den letzten Wochen war es nicht möglich, diese Fristen einzuhalten. Gleichzeitig appelliert er auch an die Eigenverantwortung der teilnehmenden Organisationen, die Informationen rechtzeitig und mit allen Beteiligten auszutauschen und wenn nötig anzufordern.

---

	WAS	WER	WANN
7	Varia		

### Nächste Sitzung Dialoggruppe

Hans Werder teilt mit, dass die Kerngruppe an der nächsten Sitzung das Arbeitsprogramm diskutieren und einen entsprechenden Antrag zuhanden Dialoggruppe verabschieden wird. Gerne möchte er dann auch raschmöglichst erste Aufträge auslösen. Er fragt, ob die Dialoggruppe an einer zusätzlichen Sitzung vor den Sommerferien das Arbeitsprogramm besprechen möchte. Die Dialoggruppe ist der Meinung, dass eine zusätzliche Sitzung durchgeführt werden sollte. Gemäss Terminumfrage ist es der 4. Juli. Aus der Runde der TeilnehmerInnen wird beantragt, für die nächste Sitzung einen anderen Raum mit besseren Sitzungsanordnungen zu reservieren. Geeignet ist ein Raum, der die Anordnung im Kreis oder in einem Quadrat ermöglicht, nicht aber der langgezogene Sitzungsraum, der eine wirkliche Diskussion schwierig macht. Dieser Antrag wurde von allen Seiten begrüsst – Hans Werder stellte in Aussicht, dass man für den 4. Juli einen geeigneteren Raum suchen werde.

Hans Werder weist auf die Vakanz des Sekretariats nach dem Rücktritt von Infrakom hin. Aus seiner Sicht ist es fraglich, ob bis zu diesem Zeitpunkt eine Nachfolge definiert ist. Er kann die Organisation und Vorbereitung einer solch grossen Sitzung nicht alleine stemmen und macht die Dialoggruppe darauf aufmerksam, dass die üblichen Fristen und Dienstleistungen womöglich nicht eingehalten werden können.

Hans Werder stellt eine mögliche Übergangslösung für das Sekretariat in Aussicht und wird das mit der Kerngruppe am 20.6.2019 diskutieren.

### Statement zum Rücktritt des Sekretariats



Beat Mühlethaler, Gemeindepräsident von Port, hält ein Statement des Gemeinderats Port zuhanden des Protokolls fest:

Der Gemeinderat Port findet es unverhältnismässig und beschämend, dass das alte Sekretariat Infrakom zum Rücktritt genötigt wurde und spricht einstimmig sein vollstes Vertrauen in das Sekretariat aus.

Eine Wortmeldung nimmt direkt Bezug auf das Statement des Gemeinderats von Port und bringt zum Ausdruck, dass die westastkritischen Organisationen die Neutralität des Sekretariats seit Beginn angezweifelt haben. Infrakom hatte den Auftrag bereits im letzten November von der BVE erhalten, für welche sie regelmässig tätig ist, und musste sich bei den Gegnern für einen Fehler (Verfälschung des Vorgehensvorschlags) entschuldigen. Zu Gunsten eines weiterhin konstruktiven Klimas im Dialogprozess wurde vereinbart, keine öffentliche Diskussion über Rolle und Leistungen von Infrakom zu führen. Als Begründung für den Rückzug von Infrakom wurde vereinbart: «Fragen und Kritik der westastkritischen Organisationen zu politischer Unabhängigkeit und Neutralität». Seit dem Rücktrittsschreiben kamen weitere Mängel zutage, so bei Umfang und Inhalt der Protokolle. Der Gemeindepräsident von Port kenne nicht die ganze Geschichte. Daraufhin zählt die Vertretung einer westastkritischen Organisation ein paar aus ihrer Sicht problematischen Punkte auf.

Sekretariat 31.05.19

Die Sitzung wurde um 18.45 Uhr geschlossen.

#### **Brief Wehrbrücke Port/Brügg**

Beat Mühlethaler will wissen, wie mit dem von den Gemeinden Brügg, Ipsach, Nidau und Port am 7.5.2019 verschickten Brief zur Wehrbrücke Port/Brügg verfahren wird.

Der Brief ist der Kerngruppe zur Kenntnis weitergeleitet worden. Fritz Kobi stellt eine Antwort nach dem zweiten Schritt des Arbeitsprogramms (Festlegung Stossrichtung) in Aussicht.

Der Brief wird der Dialoggruppe zur Kenntnis geschickt.

Die Kerngruppe hat das Thema der inhaltlichen Inputs (neue Varianten, Bauprojekte mit möglichem Einfluss auf den Dialogprozess) von aussen bereits diskutiert, wie in einer Wortmeldung erklärt wird. Der Eingang dieser Inputs soll grundsätzlich mit dem Vermerk bestätigt werden, dass sich Kern- und Dialoggruppe damit befassen werden. Die Kerngruppe ist der Auffassung, dass sie sich von aussen keinen Druck aufsetzen darf.

Hans Werder bedankt sich bei den Anwesenden und beendet die Dialoggruppen-Sitzung.